

200 JAHRE MONROE DOKTRIN- VOM SCHUTZ DER HEMISPHERE ZUR WELTWEITEN VORHERRSCHAFT

1. Der Inhalt der Erklärung

Am 2. Dezember 1823, auf den Tag genau 19 Jahre nach der Krönung Napoleons zum Kaiser der Franzosen und 25 Jahre vor der Krönung von Franz Josef, hat der amerikanische Präsident James Monroe die Schwerpunkte seiner Außenpolitik vor dem Kongress dargelegt.

Dabei hat er zwei Prinzipien hervorgehoben: Einerseits betonte er, dass sich die Vereinigten Staaten nicht in europäische Konflikte einmischen wollen; andererseits forderte er, dass europäische Mächte alle Bestrebungen beenden, in der westlichen Hemisphäre Kolonien zu besitzen. Er kündigte auch an, die USA würden eingreifen, sollten die Europäer diese Grundsätze missachten. Die klare Botschaft lautete „Amerika den Amerikanern“, die Europäer müssen die Unabhängigkeit der Staaten Lateinamerikas respektieren.

Entscheidenden Einfluss auf die Formulierung dieser außenpolitischen Grundsätze, die später als Monroe Doktrin in die Geschichte eingingen, hatte der damalige Außenminister (und spätere Präsident) John Quincy Adams ⁽¹⁾. Adams war überzeugt, dass ganz Nordamerika Teil der Vereinigten Staaten sein sollte. Die Versuche, dieses Ziel, auch Kanada zu erobern, wurden nach dem Krieg von 1812-1814 gegen England aufgegeben. Aber der Glaube an die „Manifest Destiny“, an die gestaltende Kraft der Vorsehung, war nach wie vor groß. Demnach sind die Vereinigten Staaten dazu bestimmt, den Kontinent zu beherrschen. In diesem Sinne wurden Louisiana (1803); und Florida (1819) erworben und Texas 1845 annektiert. In diesem Geist schrieb John Quincy Adams an den amerikanischen Gesandten in Madrid: „Man kann sich nur schwer der Vorstellung entziehen, dass Kuba eines Tages ein integraler Teil unserer Republik werden wird“ ⁽²⁾. Und dem russischen Gesandten, Baron Tuyl, erklärte der Außenminister, dass „wir das Recht Russlands,

sich weiter auf diesem Kontinent auszudehnen, energisch bestreiten und nicht länger tolerieren“.

Wesentlich war, dass das Bestreben der USA, europäische Mächte von Interventionen auf der westlichen Hemisphäre fernzuhalten, auch im englischen Interesse lag. Die Machtverhältnisse sprachen nämlich zunächst noch zu Gunsten Englands: So erzeugte das Vereinigte Königreich 1830 immerhin 47 % der gesamten Weltwirtschaft, die USA nur 12 %. Bis zum Ende des Jahrhunderts hatte sich der Anteil der USA auf 38 % gesteigert, jener des Vereinigten Königreichs war auf 23 % gefallen. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so wohnten 1830 in den USA 12,8 Millionen Menschen, um 1900 aber schon 76 Millionen. Die Zahl der Einwohner ist im selben Zeitraum in Großbritannien lediglich von 24 Millionen Menschen auf 41 Millionen gestiegen ⁽³⁾.

2. Die weltpolitische Lage

Die weltpolitische Lage um 1823 zeichnete sich dadurch aus, dass die spanischen Kolonien Lateinamerikas seit Jahren für ihre Unabhängigkeit kämpften; das manche befürchteten, Spanien könnte, mithilfe der Heiligen Allianz, die alten Machtverhältnisse wieder herstellen; und das auch Russland Anstrengungen unternahm, seine Besitzungen auf dem amerikanischen Kontinent auszudehnen.

Der Zerfall des spanischen Imperiums in Amerika reicht wohl bis ins 17. Jahrhundert zurück. Auslöser für die Unabhängigkeitsbewegungen war aber dann, dass der spanische König Ferdinand VII von Napoleon abgesetzt und gefangen genommen wurde. Im Mutterland entstand also ein Machtvakuum, da man den von seinem Bruder eingesetzten Josef Bonaparte sowohl in Spanien als auch in Übersee die Anerkennung verweigerte.

Nun taten sich Bürger in hispano-amerikanischen Städten zusammen, zunächst um mehr Mitsprache, dann, um überhaupt die Unabhängigkeit zu verlangen. Das spanische Behörden von den Kolonien gleichzeitig mehr Abgaben forderten, beschleunigte diesen Prozess. Außerdem stellten Abgaben eine umso größere Belastung dar, als der Handel durch die Kontinental Sperre stark zurückgegangen war. Das Kolonialregime konnte somit einer seiner wesentlichen Aufgaben, die wirtschaftliche und soziale Ordnung zu sichern, nicht mehr erfüllen. Nach der Schlacht von Ayacucho 1824 endete das spanische Kolonialreich in Amerika ⁽⁴⁾. Für die USA wurde die Situation bedrohlich, als es Anzeichen dafür gab, dass Spanien

mit Unterstützung der Heiligen Allianz eine Restauration der früheren Verhältnisse versuchen könnte.

3. Die Heilige Allianz

Nach dem Sieg über Napoleon schlossen sich der russische Zar Alexander I, Kaiser Franz von Österreich und König Friedrich Wilhelm III von Preußen zur Heiligen Allianz zusammen. „Im Namen der Heiligen und unteilbaren Dreifaltigkeit“, wie es in der Gründungserklärung vom 26. September 1815 hieß. Ziel der Heiligen Allianz war die Sicherung eines „Ewigen Friedens“ durch jene Monarchen, die „von Gottes Gnaden“ ihre Länder regierten. Die christliche Religion sollte das Fundament der herrschenden politischen Ordnung sein. Wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen wurden also die inneren Verhältnisse in einem Land, eine Veränderung der „Gott gewollten Verhältnisse“ wurde nicht geduldet.

Tatsächlich verfolgte die Allianz unter der Führung Metternich eine reaktionäre Politik, die darauf abzielte, aufkommende demokratische und nationale Strömungen, eben das Erbe der Französischen Revolution, zu unterdrücken.

Auf verschiedenen Kongressen wurden militärische Interventionen gegen die Freiheitsbewegung in Italien und Griechenland beschlossen, die Karlsbader Beschlüsse richteten sich gegen die Lern- und Lehrfreiheit an den Universitäten. Auf dem Kongress in Verona beauftragte die Heilige Allianz 1822 Frankreich, die bürgerliche Revolution in Spanien niederzuschlagen, was mit der Schlacht von Trocadero auch gelang (und im Stadtbild von Paris heute noch gewürdigt wird). König Ferdinand wurde wieder in sein Amt eingesetzt, mit Unterstützung Frankreichs errangen die monarchischen Kräfte einen vollständigen Sieg. Damit war die Furcht, Spanien könnte mit Unterstützung Frankreichs versuchen, die früheren Kolonien in Lateinamerika wieder zu erobern, nicht unbegründet. Die entschlossene Botschaft von Präsident Monroe wollte dem entgegenreten.

4. Der unglückliche Kaiser Maximilian

Diese Befürchtungen wurden Wirklichkeit, als Napoleon III versuchte, die Macht Frankreichs auf den amerikanischen Kontinent auszudehnen. Auch in seinem Leben spielte der 2. Dezember eine nicht unbedeutende Rolle. Immerhin gelang ihm an diesem Tag des Jahres 1851 die Machtergreifung, was Karl Marx zu folgendem

Kommentar inspirierte: „Jedes Ereignis in der Weltgeschichte findet zweimal statt. Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“.

Napoleon III wollte die Gunst der Stunde nutzen, die sich durch den amerikanischen Bürgerkrieg (1861- 65) bot. Er war überzeugt, dass ein starker amerikanischer Bundesstaat, der weite Teile des nordamerikanischen Kontinents umfasste, jedem europäischen Staat machtpolitisch überlegen sein würde. Deshalb unterstützte er die Südstaaten, die für einen. Loseren Staatenbund eintraten, und wollte in einer Zeit der inneramerikanischen Kämpfe einen Monarchen seiner Wahl in Mexiko etablieren.

Dieser Monarch war Ferdinand Maximilian von Österreich, der in seinem Sinne als Kaiser Mexiko regieren sollte. Maximilian wurde 1832 im Schloss Schönbrunn geboren und war der Bruder von Franz Josef. Dabei waren die beiden Brüder in vielen Bereichen sehr unterschiedlich. Während etwa Franz Josef jeden Groschen zählte, den er ausgab, baute Maximilian von seiner ersten Apanage gleich ein Sommerhäuschen neben dem Schloss Schönbrunn, das er „Maxing“ nannte. Danach ist heute noch die Maxingstrasse benannt.

Sein Lebensstil, so heißt es, überstieg stets seine finanziellen Möglichkeiten.

Nun wollte Kaiser Napoleon III in Mexiko eine Regierung etablieren, die in der Lage war, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen Frankreich durchzusetzen. In Mexiko tobte jedoch zu dieser Zeit ein Machtkampf zwischen den klerikal- konservativen Kräften und den revolutionären Republikanern, die unter Führung von Benito Juarez standen, der von 1858-1872 Präsident des Landes war. Dieser war der Sohn eines zapotekischen Bauern und sprach bis zu seinem 15. Lebensjahr kein Spanisch. Er trat mit seiner Politik für eine Agrarreform ein und erließ als Justizminister Reformgesetze über die Trennung von Kirche und Staat, die Zivilehe, die Religionsfreiheit und über die Aufhebung der Klöster.

Napoleon III hatte schon 1861 Truppen nach Mexiko geschickt, weil fällige Schulden nicht bezahlt wurden und es war klar, dass jeder von ihm eingesetzte Monarch von seiner militärischen Unterstützung abhängig sein würde. Unter diesem Umstand wurde Maximilian am 10. April 1864 auf Schloss Miamar zum Kaiser von Mexiko ausgerufen. Sehr wohl hat er vorher zur Bedingung gemacht, dass seine Thronbesteigung dem Willen des mexikanischen Volkes entspricht. In diesem Sinne wurde ihm das Ergebnis eines Volksentscheides überbracht, der wohl manipuliert

war. Denn bereits bei seiner Ankunft in Mexiko musste Maximilian feststellen, dass schon der Empfang äußerst unfreundlich war. Außerdem unterstützten alle amerikanischen Staaten den von den Franzosen abgesetzten Präsidenten Benito Suarez.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs waren die USA wieder stark genug, um 1866, unter Berufung auf die Monroe Doktrin, den Abzug der französischen Truppen, die unter dem Befehl von Marschall Francois-Achille Bazaine standen, zu verlangen und durchzusetzen. Das bedeutete auch das Ende der Regierung von Maximilian, da seine Hilferufe in Europa unbeantwortet blieben. Maximilian wollte daraufhin das Land verlassen, änderte aber seine Meinung, nachdem ihn seine Mutter in einem Brief zum Bleiben aufgefordert hatte. Die weitere Geschichte ist bekannt: Er wurde von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1867 standrechtlich erschossen.

Eine späte Genugtuung für den Habsburger auf dem mexikanischen Kaiserthron mag es sein, dass ihm heute im Nationalmuseum von Mexico City fünf Säle gewidmet sind. Darin wird auch gewürdigt, dass er versuchte, in Mexiko einen modernen und liberalen Staat aufzubauen. Gleichzeitig gibt es Gerüchte, dass sein republikanischer Gegenspieler Benito Suarez seine Tochter taufen ließ.

5. Die Neuausrichtung der Monroe Doktrin unter Theodore Roosevelt

Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die Politik der USA gegenüber Lateinamerika darauf, ausländische Interventionen abzuwehren. Mit Theodore Roosevelt, der 1901 der 26. Präsident der Vereinigten Staaten wurde, bekam die amerikanische Außenpolitik eine neue, offensive Ausrichtung. In einem Zusatz zur bestehenden Monroe Doktrin, „Roosevelt Corollary“ genannt, legte der Präsident die Schwerpunkte seiner Politik fest. Unterschied Präsident Monroe zwischen Europa und Amerika, so teilte Roosevelt die Welt in „zivilisierte“ und „unzivilisierte“ Staaten ein. Und während Monroe die Revolutionäre in Lateinamerika, die für die Unabhängigkeit gegen Spanien kämpften, praktisch unter seinen Schutz stellte, bekräftigte Roosevelt das Recht der USA, gegen Revolutionen und alle „unzivilisierten Kräfte“ vorzugehen, die amerikanischen Interessen im politischen oder wirtschaftlichen Bereich beeinträchtigten.

Damit wurde der alleinige Anspruch der USA begründet, bei Angelegenheiten zu intervenieren, die ihres Erachtens nicht im amerikanischen Interesse lagen. Das galt

sowohl für Staaten auf dem amerikanischen Kontinent als auch für Staaten in Asien oder Europa. Tatsächlich kam es dann zu zahlreichen US- Interventionen auf Kuba, in Nicaragua, Haiti, der Dominikanischen Republik und in anderen Ländern. Aus einem defensiven außenpolitischen Konzept war ein offensives geworden.

Die US- Politik gegenüber Staaten Lateinamerikas wurde nunmehr dadurch bestimmt, wie sich diese gegenüber den Vereinigten Staaten verhielten.

Verschiedene Präsidenten gaben dabei ihrer Politik unterschiedliche Namen, was an der bestimmenden Position Washington wenig änderte. So sprach Franklin D. Roosevelt von einer „Good Neighbour Policy“, John F. Kennedy proklamierte die „Allianz für den Fortschritt“, aber im Kalten Krieg waren die Kräfte der USA darauf ausgerichtet, die Ausbreitung des Kommunismus in der westlichen Hemisphäre zu verhindern. Präsident Kennedy berief sich auf die Monroe Doktrin, als er 1962 die Sowjetunion aufforderte, ihre Raketen aus Kuba abzuziehen.

6. Die Truman Doktrin

Ganz entscheidend für die Beziehungen eines Landes zu den USA wurde die jeweilige innenpolitische Ausrichtung in der Truman Doktrin. Worum ging es? Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Griechenland zu einem Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und den pro westlichen, rechts-gerichteten Teilen des Landes, die von Großbritannien unterstützt wurden. 1947 mussten die Briten die Hilfe einstellen, weil ihnen die wirtschaftliche Kraft fehlte. Um einen Sieg der Kommunisten zu verhindern, forderte Präsident Harry Truman seine Landsleute auf, überall auf der Welt Menschen zu unterstützen, die für ihre Freiheit kämpften und von bewaffneten Minderheiten oder von außen bedroht werden.

Nun haben die USA eine lange Tradition, unfreundliche Regierungen zu stürzen und deren Anführer zu liquidieren:

- 1953 wurde im Iran Ministerpräsident Mohammad Mosaddeq mithilfe des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA gestürzt, weil er vorher westliche Ölgesellschaften verstaatlicht hatte.
- 1961 wurde der kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba im Auftrag der CIA liquidiert, da die USA befürchteten, er könnte sein an Bodenschätzen reiches Land in den Einflussbereich der Sowjetunion führen.

- 1968 beteiligten sich CIA-Agenten an vorderster Front bei den Studentenunruhen in Paris. Man forderte den Rücktritt von Staatspräsidenten de Gaulle, der sich vehement gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte und vor allem in asiatischen Ländern starkes Gehör fand.

- 1973 wurde in Chile mithilfe der CIA der demokratisch gewählte Staatspräsident Salvador Allende gestürzt. Die USA befürchteten, er könnte sein Land ins „sozialistische Lager“ führen. An seine Stelle wurde der Diktator Augusto Pinochet gesetzt ⁽⁵⁾.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wo und wie die USA einen Regierungswechsel in ihrem Sinne durchgeführt haben. Dabei ist man immer nach demselben Muster vorgegangen: mithilfe der Medien wurden Regierungen und deren Akteure diskreditiert und als Gefahr präsentiert. Bei oppositionellen Gruppen, Parteien oder Gewerkschaften, wurden Verbündete gesucht. Schließlich wurden mithilfe des Militärs oder von Stoßtrupps befreundete Politiker installiert. In Frankreich hat man etwas anders agiert als in der „Dritten Welt“.

7. Die USA an der Spitze einer neuen Heiligen Allianz

Seit sich in den USA unter dem Einfluss der Neokonservativen die „realistische Schule“ und die „idealistische Schule“ miteinander verbunden haben, wird die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder damit gerechtfertigt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte „universelle Werte“ sind, die überall durchgesetzt werden müssen. Die USA sind an die Spitze einer neuen Heiligen Allianz getreten. Das „Gottesgnadentum“ wurde ersetzt durch die „universellen Werte“, für die man nunmehr kämpft. War der Kampf seinerzeit gegen jene gerichtet, die die Ideen der Französischen Revolution durchsetzen wollten, so werden heute jene in die Schranken gewiesen, die die „unipolare Weltordnung“ unter Führung der USA durch eine „multipolare“ ersetzen wollen. Eine „Allianz der Demokratien“ hat dem Rest der Welt den Krieg erklärt. Die Monroe Doktrin hat eine weltweite Dimension erhalten.

In diesem Sinne haben auch die Vereinten Nationen die Resolution „Responsibility to protect“ verabschiedet. Demnach besteht sogar die Verpflichtung der „Internationalen Gemeinschaft“ die Bürger eines Landes vor der eigenen Regierung zu schützen, wenn diese nicht in der Lage ist, Schaden von ihnen abzuwehren. Der erste Versuch,

diese Resolution in der internationalen Politik anzuwenden, nämlich der NATO-Einsatz 2011 in Libyen, ist allerdings gründlich daneben-gegangen ⁽⁶⁾.

- Unter dem Motto „Democracy-building“ haben die Neokonservativen „Regime-change“ zu einer offiziellen Politik erklärt. So sehr der Geheimdienst CIA weiter in verdeckte Aktionen eingebunden ist, „Regime-change“ und „Nation-building“ wurden erklärte Ziele der US- Außenpolitik, vom Einmarsch in den Irak bis zum „Arabischen Frühling“; von den „Farben-Revolutionen“ in Georgien, in der Ukraine oder in Kirgistan bis zur Zedernrevolution im Libanon. Als Rechtfertigung wird unter anderem die sehr wackelige Theorie angeführt, dass „Demokratien untereinander keine Kriege führen“ und deshalb alles getan werden muss, um Demokratien zu etablieren und den Frieden zu sichern. In Wirklichkeit geht es natürlich um die amerikanische Vorherrschaft in einzelnen Ländern. Tatsächlich haben sich die USA schon oft genug in ihrer Geschichte auch mit Diktaturen verbündet.
- Neu ist auch, dass zu den bisherigen Verbündeten aus der politischen Opposition die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als äußerst aktive Akteure bei Umstürzen eingesetzt werden. Von zahlreichen amerikanischen und anderen westlichen Institutionen, von den großen politischen Parteien in den USA und in Deutschland, werden Hunderte von NGOs organisiert und finanziert und als „Zivilgesellschaft“ präsentiert. D.h. nicht, dass die dabei engagierten, oft jungen Leute, nicht auch Idealisten sein können. Aber das dabei insgesamt verfolgte Ziel, eine Abhängigkeit des jeweiligen Landes von den USA zu erreichen, hat auf jeden Fall Priorität.
- Noch etwas hat sich geändert: wenn die USA früher im Iran, im Kongo oder in Chile einen Putsch durchgeführt haben, dann wusste man, es ging um handfeste politische oder wirtschaftliche Interessen. Heute geht es immer um „Werte“, um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die längste Zeit war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging darum, den eigenen Staat zu stärken, wenn möglich territorial zu vergrößern. Damit wurden Verhaltensweisen, die man im privaten Bereich auf das schärfste verurteilte, in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht nur geduldet, sondern sogar verherrlicht. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ etwa verwandelte sich in eine Heldenverehrung für jene Feldherren und Soldaten, denen es gelang, am Schlachtfeld möglichst viele Feinde zu töten ⁽⁷⁾. Im Kampf gegen „Autokraten“ haben Kriege eine neue Rechtfertigung erhalten. Es gibt wieder den „gerechten Krieg“.

Dabei wollen die USA ihre Vormachtstellung nicht nur mit militärischen Mitteln aufrechterhalten. Gegen ein Drittel der gesamten Menschheit wurden Wirtschaftssanktionen verhängt und das „amerikanische Recht“ wird weltweit gegen all jene eingesetzt, von denen man befürchtet, sie könnten amerikanischen Interessen entgegenstehen. Zahlreiche Bücher wurden bereits darübergeschrieben, wie ein künftiger Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China aussehen könnte.

Es sollte nicht darum gehen, dass die amerikanische Vorherrschaft etwa durch eine chinesische abgelöst wird. Eine multipolare Welt könnte sich schon dadurch auszeichnen, dass Grundrechte betreffend die nationale Sicherheit anderer Länder, etwa auch jenes Russlands, anerkannt werden. Kritik anderer Länder an einer Weltordnung, die vor drei Generationen etabliert wurde, sollte ernst genommen werden.

Das Gegenteil ist der Fall, wie etwa die Berichterstattung westlicher Medien über den BRICS- Gipfel im August 2023, die herablassend kritisch war, zeigt. So konnte man lesen, „The BRICS are a mess“ ⁽⁸⁾. Würden sie noch mehr Mitglieder aufnehmen, würde dieser Zustand nur verstärkt. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die optimistischen Erwartungen, die man bei der Gründung im Jahre 2009 geäußert hat, nicht erfüllt werden konnten. Darüber hinaus wird abschätzig bemerkt, dass die BRICS wesentlich heterogener als die G7 Staaten sind.

Gleichzeitig muss aber doch anerkannt werden, dass ihr Anteil am Welt-BIP von 2001 bis heute von 8 % auf 26 % gestiegen ist. Wenn alle Staaten in die BRICS-Gemeinschaft aufgenommen werden, die sich darum beworben haben, dann wird diese 58 % der Welt- Bevölkerung und 34 % des Welt-BIP vertreten. Ob man es will oder nicht, ein großer Teil der „Länder des Südens“ will nicht mehr gezwungen werden, sich nach Regeln zu richten, die in den USA und in Europa ohne ihre Mitsprache aufgestellt wurden.

Im Ukraine- Krieg werden immer wieder Vergleiche mit dem Ersten Weltkrieg gezogen, etwa was die starren Fronten betrifft. Es bietet sich auch ein anderer Vergleich an: 1914 traten bereits nationalistische Strömungen in den Ländern der Monarchie auf. Deshalb lautete der Schlachtruf „Wir müssen Krieg führen, damit die einzelnen Völker wieder stärker zusammenhalten“. Ähnliche Töne hört man in der

Europäischen Union und in der NATO. Auch jetzt heißt es, der Krieg hat die Länder zusammengeführt. Man wird sehen.

Der Staatskanzler Clemens von Metternich hat versucht, den Lauf der Geschichte anzuhalten. Etwas länger als eine Generation lang ist ihm dies auch gelungen.

Anmerkungen

- (1) John T. Morse Jr.; John Quincy Adams, New York 1980
- (2) John T. Morse Jr. wie oben
- (3) John J. Mearsheimer; The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001

- (4) Alexander Demandt (Hg); Das Ende der Weltreiche; München 1997
- (5) Foreign Affairs November/December 2001
- (6) Michel Maffesoli; La Transfiguration du Politique, Paris 2002
- (7) Wendelin Ettmayer ; Alte Staaten, neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen, Linz 2008
- (8) The Economist; August 19th 2023

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor;
www.wendelinettmayer.at